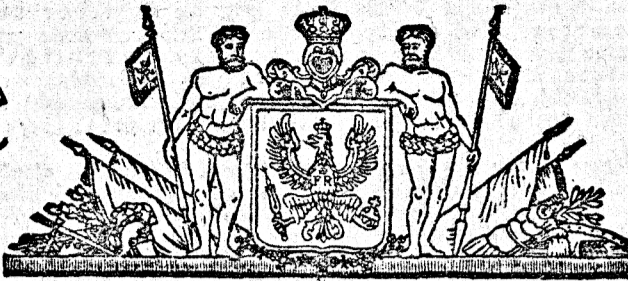


Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Aus. abm. des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentral: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Das Ende der Kammer.

Von
Mario Passarge

Beichtstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Rom, Anfang Oktober.

Das italienische Parlament ist, wie man weiß, durch königliche Verordnung aufgelöst worden. Nach dem Gesetze wäre seine Frist erst am 26. Oktober abgelaufen gewesen. Nach dem gleichen Gesetze hätten sich aber die Abgeordneten bereits zweimal von neuem ihren Wählern stellen müssen. Aber da im Kriege Wahlen ein zu gefährliches Experiment gewesen wären, hatte die Kammer sich selbst ihr Leben zweimal verlängert. Sie erschien schließlich allen als überholt, verfrüht und arbeitsunfähig. Jede Partei verübete, neue Wahlen würden ihr ein wesentlich besseres Resultat einbringen. Der Außenstehende mußte in der Tat den Eindruck haben, daß es sich innerhalb des Sitzungssaales nicht mehr in jedem Fall um den Kampf der Parteien und politischen Gruppierungen handelte. Der immer persönlicher gewordene Streit endete in der letzten Sitzung sogar in einem allgemeinen Faustkampf. In einem Augenblick, wo das Parlament Italiens mehr denn je würdevoll hätte seine Stimme ertönen lassen müssen, verzettelte es seine Energie im Handgemenge. Aber dies war nicht der einzige Grund dafür, daß der König sich von der Notwendigkeit der Auflösung der Kammer und baldigster Neuwahlen überzeugen ließ.

Die einzelnen Phasen der Krise, die zum Sturze Orlando's führte, sind bekannt. Orlando hatte sein Amt nach den schweren Tagen übernommen, die auf die italienische Niederlage von Caporetto folgten. Er riß mit seiner Hingabe die nachgehenden Nerven des Landes wieder hoch und schloß die Zukunft, die sich darbot, wenn man aushielte. Dann, nach dem Siege, ging er nach Paris, die Früchte einzuheimsen. Die Enttäuschungen waren um so größer, je näher man dem Ziele zu sein glaubte. Orlando empörte sich gegen den Schiedsrichter Wilsons, ging nach Rom, sich feierlich vor dem Parlament die Verneinung seiner Sprache auf der Pariser Konferenz neu bestätigen zu lassen. In seiner Abwesenheit beschloßen Amerikaner, Franzosen und Engländer, die Friedensverträge sollten gültig sein, wenn sie von drei der verbündeten Großmächte ratifiziert sein würden; diejenigen Mächte, die der Ratifizierung nicht alsbald nachkommen würden, sollten aller Vorteile der Verträge verlustig gehen und aus der Entscheidungskommission ausgeschlossen werden. Deutschland wurde in Abwesenheit der italienischen Vertreter nach Versailles brufen. Orlando mußte eiligst nach Paris zurückkehren. Er fand eine Atmosphäre vor, in der die italienischen Ansprüche auf offene und verdeckte Widerstände stießen; der eigene Land wurde unruhig. Es wollte wissen, wie die Dinge eigentlich standen. Orlando kam zurück und erklärte, sei so heftig, daß er darüber nur in geheimer Sitzung reden könne. Die Kammer empörte sich dagegen. So ging Orlando und Ritti kam.

Die Rechte, die gegen Orlando gestimmt hatte, weil er nicht versichern konnte, daß der Londoner Vertrag einschließlich von Fiume Italien sichergestellt sei, beruhte sofort. Denn Ritti machte kein Geheimnis daraus, daß er sein Ministerium als das Ministerium der Demobilisierung auffaßte. Die Schwäche der inneren Lage stärkte ihn so, daß man den Widerstand zwar nicht verstand, wohl aber aufschob. Ritti versprach in halbe von Paris zurückzukommen und Bericht zu erstatten, blieb aber länger, als er selbst gemißtraut hatte. Die italienischen Ansprüche waren durch die früheren Verhandlungen unheilbar präjudiziert. An reifliche Erfüllung der italienischen Hoffnungen war nicht zu denken. Die Lage war sogar viel schlimmer, als man sie hätte aus den Andeutungen Orlando's ahnen können.

Die Rechte ging nun abermals zum Sturm vor. Mit denselben Mitteln, mit denen sie nach Caporetto die Gegner angegriffen hatte. Die Reaktion war aber über Erwartungen heftig. Das Land ist wirklich kriessüchtig. Und die Untersuchung über die Ursachen seiner Niederlage, von der Rechten gewollt, damit die Schuld der Sozialisten und Sozialisten daraus sich ergebe, führte im Gegenteil zu schweren Anklagen gegen die Leiter des Krieges. Rittis Vergeblichkeit in Paris half auch nicht, diejenigen zu stärken, die von der Notwendigkeit der Einmischung Italiens überzeugt waren. Ritti schied vielmehr die in vorletzter Sitzung weit über hundertundfünfzig Stimmen Mehrheit.

Da besetzte in einer Nacht der Dichter Gabriele d'Annunzio mit Freiwilligen und Regulären, die Stadt und den Hafen von Fiume.

Del ins verfallende Feuer! Aber es war eine Unternehmung, die von der Regierung als solcher nicht gutgeheißen werden konnte und die Rittis Werk durchkreuzen mußte. Rittis, als vielleicht angebracht gewesen wäre, bemüht, jedes Mißverständnis bei den Verbündeten sofort auszuräumen. Lehnte Ritti die Verantwortung dafür ab. Ritti, Minister des Inneren, sah eben die Folgen für das Land: Hunger, Vortrott und Revolution, wenn die Verbündeten an seinen guten Absichten zweifeln. Aber es war doch eine italienische Stadt, die ein Italiener fremder Beeinflussung entzogen hatte. Rittis Vergeblichkeit stand wieder gegen die Verbündeten. Das Meer machte sich die Straße über. Es ist ein Land ohne Meer, die Entscheidungskraft Einzelheit Überzeugung wert. Die Kammer, in ihrer ganzen Zusammensetzung zu

sehr an Gewesenes gebunden, besaß nicht die genügende Unvoreingenommenheit. Giolitti, der im Kronrat aus dem Munde Tittonis gehört hatte, wie in nackter Wirklichkeit Stalier, internationale Lage geworden war, trat dafür ein, daß hier nicht mehr alter, verbrauchter Geist, daß hier das neue Land neu entscheiden müsse. Er schlug deshalb die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen vor.

Tittoni betonte, daß die beiden Friedensverträge alsbald ratifiziert werden müßten. Der Versuch wurde gemacht. Aber die Kammer ging zu Fälligkeiten über. Man fand dann den Präzedenzfall, daß Friedensverträge durch königliche Verordnung angenommen werden könnten, unter Vorbehalt späterer Ratifizierung durch die Kammer.

Die Nationalisten, die vorher betont hatten, der jegliche Gedanke des Landes entspreche nicht mehr dem Ausdruck, den er bisher in der Kammer fand, und die versichert hatten, die Mehrheit des Landes stehe hinter ihnen, zeigen sich heute empört über Rittis Entschluß, aufzulösen und haben diese Ausdrücke für ihn. Wir in Deutschland werden diese Zudungen am besten verstehen, Selbst wenn man annimmt,

daß auf Grund der augenblicklichen Erregung die Partei der Nationalisten zum mindesten keinen Verlust haben sollte, so ist doch heute schon klar, daß die innerpolitische Entwicklung, wie ich bereits einmal sagte, zur Ausschaltung der unentschlossenen und in ihren Entschlüssen unberechenbaren Zwischenparteien führen muß, und daß die neue Mehrheit der Kammer nichts mehr mit einem Geiste zu tun haben wird, der mit dem Kriege begraben sein sollte. Man glaubt heute schon zu wissen, daß der diesmalige Wahlkampf alle anderen an Heftigkeit hinter sich lassen wird; alle Schlagwörter werden angewandt, alle Anklagen erneuert, alle alten Verdächtigungen wieder hervorgeholt werden. Es wird eine tiefere Luft gegraben werden zwischen den Parteien und die Parteien werden unnachgiebiger sein als je.

Der neuen parlamentarischen Gestaltung aber wird die neue Regierung sich anpassen müssen, über die heute schon die widerspruchsvollsten Vermutungen angestellt werden. Allgemein sieht man eine sozialistisch-katholische Mehrheit voraus. Und nicht nur ich sehe über dem neuen Horizont den alten Stern wieder aufgehen: Giolitti.

Der Kanzler über die Politik der Regierung

Die große politische Aussprache.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung.

Die Ankündigung einer Kanzlerrede in der Nationalversammlung hat nicht wie in früheren Zeiten zu einem Massenandrang im Saale und auf den Tribünen geführt. Das Haus ist nüchtern besetzt und die Aufwartungsbühne halb leer. Vor dem Reichstage waren weder Absprachen noch größere Annehmlichkeiten zu beobachten. Auf der Tribüne nahm — mit einiger Verwahrung — neben dem Reichskanzler Bauer der neue oder erneuerte Vizekanzler Schiffer Platz. Herr Fraberger ist auf den fünften Platz gerückt, nach dem Außenminister Müller und dem Arbeitsminister Schlichte; er tauscht mit seinem neuen Nachbarn Koch einen herzlichen Gendruck. Dann steht mont die Minister Mayer, Bell, Noske und Dr. David.

Nach Erledigung der üblichen „kleinen Anfragen“ und nach Erstattung des Auswärtigen Berichts durch den schwäbischen Vg. Holz (Str.) nahm um 12 Uhr der Reichskanzler das Wort:

Vor Beginn unserer gemeinsamen Wintertagung habe ich dem Herrn Reichspräsidenten eine Erweiterung der Reichsregierung vorgeeschlagen und von ihm die Genehmigung erhalten, mit der deutsch-demokratischen Fraktion der Nationalversammlung in Verhandlungen einzutreten. In diesen Tagen sind sie zum Abschluß gelangt, die Demokraten sind dem Kabinett beigetreten, dessen Programm ihnen allen bekannt ist. Herr Schiffer hat das Reichshauptministerium, Herr Koch das Reichsministerium des Innern übernommen. Dr. David bleibt im Kabinett ohne Portefeuille. Das neue Ministerium für Wiederaufbau, das der materielle Träger unserer Beziehungen nach dem Westen sein muß, auf dessen Leistungen erst das auswärtige Amt seine Arbeit des Wiederaufbaus der politischen Beziehungen gründen kann, wird in den nächsten Tagen besetzt werden. In Frankreich ist ja unter dem Minister Loucheur die gleiche Einrichtung getroffen worden.

So stellt sich Ihnen das Kabinett heute in seiner neuen Gestaltung vor, ein Kabinett, das die Übergangsmehrheit dieses Hauses und damit unseres Volkes repräsentiert. Ob dieses Stärkerverhältnis, wie es die Wahlen vom 18. Januar feststellt haben, immer noch der parteipolitischen Schichtung Deutschlands entspricht, sollen die Neuwahlen zum ersten Reichstage der Republik zeigen. Sie werden, angesichts des Arbeitsstoffes der Nationalversammlung, nicht vor dem Frühjahr angelegt werden können. Die Arbeiterräte und der Reichswirtschaftsrat, die Steuer-gesetze, der Etat und die Wahlgesetze, das Mannschafts- und Heimstättenverordnungs-gesetz — ich nenne nur die größten gesellschaftlichen Aufgaben — werden unbedingt noch von diesem hohen Haus erledigt werden müssen. Es wird also lediglich von der Arbeiterräte und dem bewährten Pflichtbewußtsein der Nationalversammlung abhängen, auf wann der Wahltermin bestimmt werden kann. Die Regierung wird in dem von mir geeigneten Rahmen mit dem frühesten Termin einverstanden sein.

Das Programm des Kabinetts — das sagte ich bereits — ist das gleiche geblieben. Die Verhältnisse werden es mit sich bringen, daß bald der eine, bald der andere der darin aufgestellten Punkte in den Vordergrund tritt und seine gesetzliche Erfüllung fordert. Ich darf Ihnen daher kurz die Aufgaben aufzählen, die der Regierung für die nächste Zeit, für diesen Winter, besonders dringend erscheinen und deren beschleunigte Lösung sie mit Ihnen anstreben will. Zuerst aber ein Wort über den allgemeinen Geisteszustand unseres Volkes, der ja für jede politische Erwägung den wichtigsten Gegenstand darstellt.

Eins darf ich Ihnen und freudig feststellen: es geht wieder ein Zug nach Arbeit nach Konsolidierung durch das Volk, besonders durch die Arbeiter! Ich buldige keinem weltfremden Optimismus und Gibe mir nicht ein, wir seien nach jenem tragischen Zusammenbruch nun schon über den Berg. Aber gerade ich, als alter Gewerkschafter weiß zu unterscheiden zwischen Streik und Streik. Gewiß, es wird immer noch zweifel gestreikt in Deutschland, viel zu viel. Für die Riesenaufgabe, das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, ist jeder Tag erzwungener Arbeitstube verderblich. Aber wenn es auch heute noch politischen Streikern gelinnet, daß hier, daß dort die Arbeiter aus den Betrieben herauszubringen: die wilde, stets

bereitete, unbedenkliche Streikluft ist verzerrt! Die gewerkschaftliche und politische Schulung macht sich überall wieder geltend, der Streik wird wieder und muß wieder werden, was er war: das letzte, nur mit höchster Selbstacht anzuwendende, wirtschaftliche Kampfmittel, das eine zweifelhafte Waffe ist. Das aber muß es auch bleiben, und eine Regierung, der vorzuziehen ich die Ehre habe, wird nie an das Streikrecht als wirtschaftliches Kampfmittel zu rühren wagen, dessen Notwendigkeit nichts anderes ist als der Beweis, daß es eben auch heute noch wirtschaftlich Stärkere und wirtschaftlich Schwächere gibt.

Wenn aber die Arbeitsluft, diese eine gefährliche Quelle des Krieges, im Leben begriffen ist, die andere nicht minder unheilvolle steht noch in voller Blüte: die Korruption! Noch immer hat bei uns fast alles seinen Preis und meist seinen Wucherpreis von der Schieberware bis zu dem, was man einstens Treu und Glauben hieß. Eine moralische Entzerrung ohne gleichen gibt es hier in allen Schichten zu betreiben, mit allen Mitteln, mit aller Erbarmungslosigkeit, ohne irgendein Ansehen der Person. Wir wissen, was wir besonders untern Beamten an Schutz und Anerkennung schulden, aber gerade den unantastbaren Beamten gegenüber sind wir verpflichtet, gegen die Korruption innerhalb des Beamtenums auf's Schärfste einzuschreiten, um es wieder zu dem zu machen, was es war: eine Körperhaftigkeit von sprichwörtlicher Unbestechlichkeit!

Meine Damen und Herren! Auch die parlamentarische Tätigkeit dieses Winters wird in großem Umfang in der Feststellung der Rechte der wirtschaftlich Schwächeren, vor allem der Arbeiter, bestehen! Das ist nicht, wie uns von der Unternehmenseite so oft vorgeworfen wird, eine Liebdienerlei, eine Verhöhnung der Arbeiterräte! Nein, aber gerade hier ist eben unendlich vieles veräußert worden, keine Gnade, wie im kaiserlichen Deutschland, kein Recht und Rechte verlangt die Arbeiterschaft, in dem Umfang, wie es ihrer Bedeutung für das Volkstum zukommt. Die Republik ist entschlossen, diesen Rechtsanspruch zu erfüllen und die alten höchsten Schulden abzutragen. Der Ausdruck dieses Entschlusses ist vor allem der Gesetzentwurf über die Betriebsräte, der Ihren Ausschuss seit längerem beschäftigt und dessen unveränderte Annahme die Beratungen hoffen lassen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Wirtschaftsräte wird beschleunigt fertiggestellt und soll Ihnen sobald wie möglich vorgelegt werden. Erst diese beiden Gesetze zusammen geben dem Artikel 165 der Verfassung seinen Inhalt. Sie sollen durch ihren Verfassungskarakter, unberührt von etwaigen Schwankungen der inneren Politik, den Arbeiter in Zukunft führend in der Entwicklung der Wirtschaft mitbestimmen, und ihm Hausherrenrechte geben, wo er bisher nur schlecht bedachte Pflichten hatte. Mit der Erreichung dieses Zieles ist aber auch der Zeitpunkt gekommen, wo der Kampf um die Arbeiterräte aus dem Stadium der Schlagworte und der volkswirtschaftlichen Dilettanten herauskommen und sich den Realitäten des Wirtschaftslebens beschäftigen muß. Die Reichsregierung ist bestrebt, die Arbeiter so zu fördern, daß die Wahlen zu den Betriebsräten möglichst schon im Anfang des nächsten Jahres stattfinden können, und daß die Wahlen zu den Wirtschaftsräten ihnen vielleicht schon einige Wochen später werden folgen können. Damit wird der provisorische Zustand, in dem sich jetzt die Arbeiterräte und der Zentralrat befinden, in einen endgültigen überführt. Die Reichsregierung ist mit dem Zentralrat darüber einig, daß dies je eher desto besser geschieht.

* Eng mit dieser Einführung des Arbeiters als Gleichberechtigten in den Produktionsprozeß hängt die Frage zusammen, wie dieser Prozeß vor mutwilligen Erschlitterungen zu bewahren ist. Ich habe vorhin gesagt: das Streikrecht darf nicht angetastet werden. Aber wir müssen es mit dem Gesetz der Pflicht gegenüber der Allgemeinheit in Einklang bringen. All die Schlichtungen von Arbeitsstreitigkeiten in den letzten Monaten haben die Notwendigkeit einer Neuordnung des Schlichtungswesens für jeden erwiesen, der den Charakter des Streiks als eines berechtigten Kampfmittels nicht ruinieren will. Wie die Zivilprozessordnung das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten regelt, so muß eine Schlichtungsordnung deren Entwurf im Reichsarbeitsministerium bereits vorliegt, die Rechtsgarantien für ordnungsgemäße Befolgung der Schlichtungsentscheidungen und für ein zweckmäßiges Verfahren festlegen. Die Geschichte unseres Gerichtswezens lehrt uns den Weg: An die Stelle des Kantrechts, der rohen Gewalt tritt das ordentliche Gerichtsverfahren, dessen Urteil sich auch der Widerstrebende zu fügen hat. Es ist klar, daß das letzte Ziel dieser Entwicklung die